

Erste Seite
täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags.

Bezugspreise
vierteljährlich 3 Mk. frei ins Haus gebracht; durch die Postbezogen mit Bestellgeld 3 Mk. 17 Pfg.

Wochenarten 25 Pfg.
Sonntagsnummer 5 Pfg., ältere 10 Pfg.

Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Garmondzeile oder deren Raum 20 Pfg.; im Nachrichtenheft die Feltzeile 35 Pfg. — Nachschick bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Uebereinkunft.

Geschäftsstelle

Kaiserstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Der Zusammenbruch in Tripolitanien.

B. Man kann die Vorgeschichte des Weltkrieges vom Gesichtspunkte aus entwickeln, daß Italien mit seinem Raubüberfalle auf Tripolis jene Unruhe in den Orient gebracht hat, die nachher über die Balkankriege und den Erzherzogsmord die Katastrophe des europäischen Friedens herbeigeführt hat. Freilich hatte ja andererseits wieder Frankreich mit seinen Verletzungen der Algieras-Äkte den Friedensbruch des eiferjüchtigen Italiens mindestens beschleunigt. Immerhin wird die Geschichtsschreibung auch das dem Salandraischen vorausgegangene Kabinett Giolitti, welches zu Michaelis 1911 das tripolitani- sche Abenteuer unternahm, nicht von der Mitschuld an der gegen das Völkerglück verübten ungeheuren Sünde freisprechen, mag Giolitti auch in den Jahren 1914 und 1915 außerhalb der Kriegstreiber in seinem Lande gestanden haben.

So berührt die Tatsache uns wie ein Wallen der Nemesis, daß die seinerzeit mit so schweren Opfern an Gut und Blut errungene Herrschaft Italiens über das weite Land in Nordafrika zu allererst nach der Aufhebung des Friedenszustandes zusammengebrochen ist. Gegenwärtig wird gewissermaßen das amtliche Siegel auf den Verlust mit der Verfügung gedrückt, die den Gouverneur Libyens General Amaglio seines Postens enthebt und zu seinem Nachfolger Garroni bestellt. Gerade dieser Personenwechsel gibt dem Eingeständnis der erlittenen Niederlage einen verschärften Ausdruck. Denn Garroni ist bereits vor Amaglio über ein Jahr in Afrika gewesen, und in seine Amtsperiode (Mai 1913—August 1914) fällt der damals für italienische Verhältnisse auffallend geräuschlos erzielte Erfolg, der — freilich nach dem Abzuge von Enver Paschas Freischaren, wie ihn der Friede von Lausanne vorgezeichnet hatte — ganz Tripolitanien einschließlich der großen Sahara-Oase Fezzan in die Hand der Italiener gebracht hatte. Mit Amaglio aber kam das Unglück. Ein gewaltiger Aufstand der Stämme im Innern brach aus, nachdem der Scheich el Islam bei dem Eintritte der Türken in den Weltkrieg die Lösung des Djihad („heiligen Krieges“) ausgegeben hatte. Noch in den letzten Monaten der echt weltlich-falschen Namensneutralität vor dem Kriegsausbruch am Pfingstsonntage 1915 war nach einer fürchterlichen Niederlage das ganze Gebiet mit Ausnahme weniger Küstenplätze in die Hände seiner arabisch-libyschen Bewohnerschaft zurückgefallen. Und seitdem ist es den Italienern nicht gelungen, ihre Macht wiederzugewinnen, obwohl sie mit ihren englischen Freunden zusammen das Mittelmeer beherrschen und also Truppennachschübe mit Leichtigkeit ins Werk setzen könnten. Freilich doch mit der Einschränkung, daß das deutsche Tauchboot die Ueberfahrt selbst in der guten Jahreszeit — im Winter sind die Sorten allezeit ein verrufenes Gewässer gewesen, in dem schon Virgil des Aeneas Flotte scheitern läßt — zu einem Wagnisse macht. Und dann fragt es sich, ob man in Europa die Divisionen entbehren könnte, deren Bereitstellung einer kräftigeren Führung des afrikanischen Krieges Vorbedingung sein mußte. Nicht allein die Front am Flave verträgt keine Mannschäftsverminderung, auch in Albanien befinden sich die Italiener nach einem kleinen jüngst erstrittenen Geländegewinn jetzt schon wieder auf dem Rückzuge.

Es ist bezeichnend, daß die Regierung in Rom der Presse seit langem Berichte über den Stand der Dinge in Libyen unterzogen hat. Gelangten nicht gelegentlich Nachrichten durch irgendwelche Maschen des Sperrnetzes nach Konstantinopel, würde die Welt über die dortigen Vorgänge ebenso im Unklaren gehalten werden wie über den Stand der Dinge in Französisch-Marokko, der auch nicht erfreulich für die eroberte Macht ist.

Vielleicht kommt doch noch einmal eine Zeit der Reue über den falschen Weg der Regierenden am Tiber, den ihre Politik in der kritischen Augustwoche von 1914 zu wider dem Gebote der an die Erfüllung der Dreibundsverträge geknüpften nationalen Ehre eingeschlagen hat!

Angriffe an der Uesle.

B. Es steht heute fest, daß Foch für seine Offensive die Hälfte der französischen Armee eingesetzt hat. 79 Divisionen, von denen 65 aus weißen und farbigen Franzosen bestehen, sind von Foch im Kampfraume von Soissons und der Champagne verammelt worden. Die französische Presse, die diese Kraftverteilung wohl kennt, die ferner vom Generalstab Fochs auf große Dinge vorbereitet war, hängt nun an, die Lage nüchtern zu betrachten. Der „Temps“ äußert sogar, daß die Erfolge größer gewesen wären, wenn die Franzosen am 18. Juli hätten durchbrechen können. Danach muß das also Fochs Absicht gewesen sein, obschon er sie hinterher, als er merkte, daß sie nicht durchzuführen war, sie einfach bestritten hatte. Um den Franzosen wenigstens einen Erfolg zu bieten, meldet Foch in einem seiner Heeresberichte 33 000 Gefangene seit dem 15. Juli. Nun hat er bisher nur eine größere Ge-

fangenenzahl, am 18. Juli, gemeldet: 17 000 Mann. Auch die Zahl war zu hoch gegriffen, während die zuletzt gemeldeten 33 000 Mann eine reine Phantastikleistung bilden. Ebenso haben die Panzer die Zahl der von ihnen gemachten Gefangenen heraufgeschwindelt.

Die Kampffront im Westen steht wieder im Zeichen großer Anspannung. Der Franzose hat am Montag wieder an der Uesle angegriffen, wobei er glatt und unter schwersten Verlusten abgewiesen wurde. Nördlich der Somme erstürmten Württemberger die feindlichen Linien und brachten 100 gefangene Engländer zurück.

In Albanien haben die Italiener eine schwere Niederlage erlitten. Den vielfach bewährten l. u. l. Truppen ist es gelungen, den Feind auf breiter Front zurückzudrängen. Und doch hatten die Italiener von der Offensive in Albanien so etwas wie eine unbeschränkte Herrschaft in der Adria erwartet. (Berlin zensiert).

Die Beschießung von Paris.

Z. Basel, 6. Aug. (Priv.-Tel.) Nach einem Pariser Haasbericht vom 6. August dauert die Beschießung des Pariser Festungsbereichs aus weittragenden Kanonen fort.

Die Verluste der Australier.

B. Berlin, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Nach einer Drahtmeldung des „Berliner Tageblattes“ aus dem Haag hat General Monash, der Oberbefehlshaber der australischen Streitkräfte nach Australien mitgeteilt, daß mehrere australische Bataillone aufgeführt hätten, als Gefechtseinheiten zu existieren, und eine Menge Bataillone von dem gleichen Los bedroht seien, falls nicht ein Nachschub aus Australien komme. Acht Prozent der australischen Bevölkerung befinden sich bereits unter den Waffen. Davon sind 49 000 Mann tot und 133 000 verwundet.

Die Intervention in Sibirien.

London, 6. Aug. (W. B.) Reuter-Meldung. Ausführlicher Bericht. Der stellvertretende Staatssekretär der Vereinigten Staaten veröffentlicht folgende Erklärung an die Presse über die amerikanisch-japanische Aktion in Sibirien:

Nach dem Urteil der Regierung der Vereinigten Staaten, zu dem sie nach wiederholter, eingehender Untersuchung der ganzen Lage gelangt ist, würde eine militärische Intervention in Rußland wahrscheinlich mehr zur Vergrößerung der jetzigen Verwirrung als zur Sanierung der Lage beitragen und Rußland eher schädigen, als ihm aus seinen jetzigen Schwierigkeiten heraushelfen. Eine solche militärische Intervention, wie sie wiederholt vorgeschlagen worden war, würde ihrerseits nach, selbst wenn sie bezüglich ihres unmittelbaren Zieles, eines Angriffes auf Deutschland von Osten her wirksam wäre, wahrscheinlich mehr darauf hinauslaufen, daß Rußland als Werkzeug benutzt wird, als daß der Bevölkerung damit gedient würde. Selbst wenn sie davon Nutzen zöge, so würden doch nicht alle rechtzeitig davon Nutzen ziehen, um sich aus ihren jetzigen verzweifelten Schwierigkeiten zu befreien, und inzwischen würde ihr Eigentum dazu verwendet werden, fremde Armeen zu erhalten, und nicht dazu, ihre eigenen Angelegenheiten wieder in Ordnung zu bringen oder ihre Männer, Frauen und Kinder zu ernähren. Wir verlegen jetzt unsere ganze Energie darauf, um jeden Preis an der Westfront zu siegen. Es würde nach dem Urteil der Vereinigten Staaten höchst unklug sein, unter den gegenwärtigen Umständen unsere Streitkräfte zu teilen oder zu vergeuden. Deshalb ist eine militärische Aktion in Rußland nur insofern möglich, als damit den Tschecho-Slowaken viel Nutzen und Hilfe gegen die bewaffneten deutschen und österreichischen Kriegesgefangenen die sie angreifen, gewährt wird, als damit diejenigen Bemühungen nach Selbstregierung oder Selbstverteidigung unterstützt werden, für die die Russen selbst von Wladivostok, Murman und Archangelsk Beistand anzunehmen geneigt sind. Vorläufig werden die amerikanischen Truppen nur dazu verwendet werden, militärische Vorräte zu bewachen, die später von den russischen Streitkräften benötigt werden können, und solche Unterstützung zu leisten, wie sie die Russen bei der Organisation ihrer eigenen Selbstverteidigung für erwünscht halten.

Die Vereinigten Staaten und Japan sind die einzigen Mächte, die im gegenwärtigen Augenblick imstande sind, in Sibirien in genügender Stärke aufzutreten, um diese verschiedenen, oben dargelegten Aufgaben auszuführen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat deshalb der japanischen Regierung vorgeschlagen, daß jede der beiden Regierungen eine Abteilung von einigen tausend Mann (fow thousand men) zu dem Zwecke nach Wladivostok schicken soll, um bei der Befestigung von Wladivostok als einheitliche Truppe gemeinsam aufzutreten. Die japanische Regierung hat diesem Unternehmen zugestimmt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht der Bevölkerung Rußlands öffentlich und feierlich mitzuteilen, daß sie keine Einmischung in die politische Souveränität Rußlands und keine Intervention in seine inneren Angelegenheiten, auch nicht in lokale Angelegenheiten be-

grenzter Gebiete, die ihre Truppen vielleicht besetzen werden müssen und keine Beeinträchtigung seiner territorialen Integrität weder jetzt noch später beabsichtigt. Es verlautet, daß die japanische Regierung eine ähnliche Zusicherung veröffentlichen wird.

Diese Pläne und Absichten der Vereinigten Staaten wurden den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens mitgeteilt; und diese Regierungen haben dem Staatsdepartement erklärt, daß sie ihnen im Prinzip zustimmen.

B. Berlin, 7. Aug. (Priv.-Tel.) In einem „Des Riados Anwartschaft auf den Nobel-Friedenspreis“ betitelten Leitartikel der „Nationalzeitung“ heißt es: Was steht in Ostasien vorgeht und was der aufstrebenden Welt als Japans endgültiger Entschluß zu einem tatkräftigen Eingreifen in den Krieg bezeichnet wird, ist, wenn nicht alles trügt, ganz gewiß keine japanisch-amerikanische Aufopferung. Japans Bundesgenossen fühlen, daß dieses erst von ihnen abhängige Land ihren Händen zu entgleiten beginnt und versuchen daher mit allen Mitteln, ihm durch eine tiefere Verstrickung in den Weltkrieg zu einem kräftigen Widerstand zu verhelfen. Denn heute ist im fernen Osten Japan unbestrittener Herr des Gebietes, Japan wird daher kaum seine ungebrochene Kraft in die Waagschale für England legen wollen und dürfte die günstige Gelegenheit benutzen, seine kontinentale Stellung zu einer dauernden zu machen und entsprechend zu festigen.

England.

Die englische Arbeiterschaft und der Völkerbund.

London, 6. Aug. (W. B.) Reuter. Der Vertreter der Arbeiter im Kriegskabinett Barnes erklärte in seiner Rede in Cambridge, er würde Deutschland in den Völkerbund aufnehmen, weil es nur eine Rückkehr zu den alten Gefahren bedeuten würde, wenn es ausgeschlossen würde. Er trat für eine interalliierte Konferenz im Haag ein, woran nicht nur die Vertreter der Regierungen, sondern auch der Völker teilnehmen sollten, Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, der Kirche und des Handels, aus Amerika, Frankreich, Italien und den den alliierten Ländern sollten im allgemeinen daran teilnehmen. Auf dieser Konferenz könnten die Regierungen ihre Friedensziele revidieren. „Ich bin sicher“, fuhr er fort, „daß eine solche Konferenz kein Land ausschließen würde, wenn es sich nicht im Kriege mit den alliierten Nationen befände. Ein Gerichtshof zur Regelung gerichtlicher entscheidbarer Streitfragen könnte gebildet, ferner eine Untersuchungskommission eingesetzt werden, die die Grundlagen der teilweisen Abrüstung vom praktischen Standpunkte aus mit Rücksicht auf die Länge der Grenzen, Ausdehnung der Dominions und den Wohlstand der Bevölkerung untersuchen könnte. Endlich könnte man auch eine interalliierte Kommission einsetzen, um auf der Grundlage nationaler Einheitlichkeit der territorialen Ausgleichsmöglichkeiten zu untersuchen.“

B. Berlin, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Die „Voss. Zeitung“ bemerkt zu der Rede, die der Arbeiterminister Barnes in Cambridge über den Völkerbund gehalten hat: Barnes will also Deutschland in den Völkerbund aufnehmen, wenn es seine militärischen Leistungen nach dem Spruch eines Gerichtshofes vermindert, der aus Engländern, Amerikanern, Franzosen, Italienern und solchen Neutralen zusammengesetzt sein soll, die gutwillig einem derartigen Gerichtshof beitreten wollen. Mit anderen Worten: Barnes ist bereit, ein wehrlos gemachtes Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Das ist der Standpunkt, den die englische Arbeiterschaft offenbar für den richtigen hält.

Amerika und die Wirtschaftspolitik Englands

B. Berlin, 7. Aug. Wie der „Deutschen Tageszeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ aus Holland gemeldet wird, telegraphieren Pressevertreter aus Washington, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland mit der Auffassung der englischen Liberalen nicht übereinstimmt. Sowohl in den politischen wie in den Handelskreisen Deutschlands herrscht zwar die Ansicht, daß die Alliierten richtig handeln würden, wenn sie eine Ueber-einkunft über die Kontrolle der Rohstoffe treffen würden, aber das bedeutet nicht, daß Deutschland unter allen Umständen bestraft werden müsse. Grundsätzlich bestehe also eine Uebereinstimmung mit Lloyd George, im übrigen aber stimme man der von Wilson in verschiedenen Äußerungen formulierten Politik zu.

Die Beisehung des Feldmarschalls v. Eichhorn

Berlin, 6. Aug. (W. B.). Heute nachmittag ist in der Gnadenkirche eine Trauerfeier für den ermordeten Gene-

tafeldmarschall von Eichhorn abgehalten worden. Der Sarg war vor dem Altar zwischen Blattpflanzen und Lichtern aufgebahrt. Der Feldmarschallstab und die Orden des Verewigten lagen darauf. Offiziere hielten die Totenwacht. Am Fußende war ein von dem Hetman der Ukraine gefandtes schwarzes Sammetkissen niedergelegt, das je ein Palmen- und ein Eichenzweig in Silberstiderei zierte. Rings häuften sich die Kränze, darunter einer vom Generalfeldmarschall von Hindenburg, sowie je einer des ukrainischen Hetmans und der ukrainischen Gesandtschaft mit blau-gelben Schleifen. Neben dem Sarge nahmen die Angehörigen Platz. Als Vertreter des Kaisers und der Kaiserin erschien Generaladjutant, General der Infanterie v. Löwenfeld. Im Auftrage des Königs von Sachsen legte der sächsische Militärattaché in Berlin Oberst Schulz am Sarge einen prächtigen Kranz aus weißen Rosen nieder. Vollzählig war die ukrainische Gesandtschaft mit dem Gesandten Baron Steinhil an der Spitze gekommen, ferner der ukrainische General Seredin. Abordnungen von Kriegervereinen mit ihren Fahnen standen zu Seiten des Altars. Nach Orgelspiel und nach Vortrag des Lieds Silbers „Kein schöner Tod ist in der Welt, als wer vom Feind erschlagen“, sang die Gemeinde „Hatte meine Seele“. Dann hielt Geheimrat Dr. Strauß, der Feldoberpfarrer des Ostens, die Gedächtnisrede. Der Geistliche, der mit dem Ermordeten befreundet gewesen war, und der auch in Kiew die Totenfeier geleitet hatte, legte seinen Worten den Text zu Grunde, den der Verewigte selbst in seinem Tagebuch für seine Leichenfeier gewünscht hatte, 1. Corinth 13, Vers 12 „Wir sehen jetzt durch einen Spiegel in einen dunklen Ort, dann aber von Angesicht zu Angesicht“ usw. Er gedachte neben den Feldherrngaben Eichhorns seiner großen soldatischen Tugenden und der Schlichtheit und Freundlichkeit dieses prächtigen Menschen und guten Kameraden. Gesang des Domchors schloß die Feier. In der Scharnhorststraße hatte inzwischen die Trauerparade Aufstellung genommen. Unter strömendem Regen wurde die Leiche auf einen sechsspännigen königlichen Leichenwagen nach dem Invalidenkirchhof übergeführt, wo die feierliche Beisetzung erfolgte. Nach den Salven erklang das alte Volks- und Soldatenlied: „Ich hatt' einen Kameraden.“

Letzte Meldungen.

Berlin, 7. Aug. (W. B. Amtlich.) In der Nacht vom 5. zum 6. August hat der so oft erfolgreiche Führer unserer Luftschiffangriffe Fregattenkapitän Straßmann mit einem unserer Luftschiffgeschwader erneut die Ostküste Mittelenglands durch gut wirkende Bomben angegriffen, besonders auf Boston, Norwich und Befestigungen an der Humbermündung schwer beschädigt. Wahrscheinlich fand er dabei mit der tapferen Besatzung seines Führerschiffs den Heldentod. Alle übrigen an dem Angriff beteiligten Luftschiffe sind trotz starker Gegenwehr ohne Verluste und Beschädigungen zurückgekehrt. Nächste ihrem bewährten gefallenen Führer sind an dem Erfolge besonders beteiligt die Luftschiffkommandanten Korvettenkapitän der Reserve Broeck, Kapitänleutnant Laeschmar, Walthert von Freudenreich und Dose mit ihren braven Besatzungen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Bad Nauheim, 6. Aug. (W. B. Nichtamtlich.) Se. Majestät der König von Bulgarien ist gestern abend mit Gefolge zu längerem Aufenthalt in Bad Nauheim eingetroffen. Der König weist als Graf von Murany im strengsten Infognito hier, da der Gesundheitszustand des hohen Patienten zurzeit ein derartiger ist, daß völlige Ruhe und Abgeschlossenheit dringend nötig erscheinen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 7. Aug. 1918.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 6. August.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wurde vom Vorsitzenden um 8,40 Uhr in Anwesenheit von 7 Magistratsmitgliedern und 17 Stadtverordneten eröffnet. Von Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende von einer Einladung des Vereins für Heimatkunst Kenntnis. Die 4 Punkte der öffentlichen Sitzung waren in 6 Minuten erledigt, eine längere Aussprache aber erfolgte auf eine Anfrage des Stadtverordneten Debus wegen der Belieferung der Kurgäste mit Lebensmitteln und des Stadtverordneten Denfeld wegen der Belieferung des Heus und der schlechten Beschaffenheit des Brotes.

Punkt 1: Abschluß der Kurkassen-Rechnung für 1917 wird auf Vorschlag des Vorsitzenden dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Punkt 2: Kaufvertrag von städt. Grundstücken an Paul Wagner ist bereits beschloffen. Der notarielle Kaufvertrag wird, nachdem die Berechnung erfolgt ist, genehmigt. Die Kaufsumme beträgt 13 324 Mk., für den Quadratmeter 6 Mk.

Bei Punkt 3: Kreditergänzung für die Metaltallieferungsstelle handelt es sich nur um einen Durchgangsposten von 5485 Mk. für die Kirchorfer Kirchenglocken, für die Anweisung zur Zahlung von der Stadtkasse reklamiert worden war. Dem Magistratsantrag wird zugestimmt.

Punkt 4: Einsetzung eines Ausschusses zur Befestigung der unter Nießbrauch stehenden Gegenstände ist in Ausführung des § 7c des Vertrags mit der Aktiengesellschaft erforderlich. Es handelt sich um regelmäßige Befestigungen, einmal jährlich. Der Ausschuß besteht aus 5 Mitgliedern. Nach dem Vorschlag des Magistrats sollen dies 2 Mitglieder des Ma-

gistrats und 3 Stadtverordnete sein. Dem Magistrat sind bestimmt: Oberbürgermeister Lübke und Stadtrat Mödel, von den Stadtverordneten werden die Herren Debus, Schlotter und Fischer zugewählt.

Außerhalb der Tagesordnung bringt Stadtv. Debus im Anschluß an einen Artikel in der „Volksstimme“ über eine hier stattgefundene Versammlung die Beschwerden über die Lebensmittellieferung der Kurgäste zur Sprache. Er führt aus, daß in dieser Versammlung vorgebracht worden sei, daß die Kurgäste den Bürgern gegenüber bevorzugt, daß sie auf Kosten der Schwerarbeiter und Bürger verpflegt würden. Er hält die Einsetzung einer Kommission für angebracht, die die Frage prüfen und den Gerüchten, die nicht verstummen, entgegenzutreten soll. Oberbürgermeister Lübke wiederholt seine früheren Ausführungen, daß für die Kurgäste besondere Zuweisungen an Lebensmitteln erfolgen und daß die Behauptung unrichtig sei, die Lebensmittel für die Bürgerschaft würden an die Kurindustrie abgegeben. Einer etwa einzusetzenden Kommission könne der Nachweis zahlenmäßig erbracht werden.

Stadtv. Dippel führt aus, daß der Artikel in der „Volksstimme“ sich um eine Sitzung der Kreis-Lebensmittellieferungskommission handele. Im Kreise sei überall die Ansicht vorherrschend, daß nicht nur Homburg sondern auch die übrigen Kurorte aus Mitteln der Bürger bevorzugt würden. Hier sollen die Fremden mehr Eier überwiesen worden sein, als die besondere Zuweisung ausgemacht hätte. Er ist der Ansicht, daß in dieser bitteren Zeit nur Kranke, nicht aber auch nur Erholungsbedürftige reifen sollten, die besser als in der Großstadt verpflegt sein wollen. Die Anfrage in der Lebensmittellieferungskommission wegen der Ueberweisung von Fett an die Kurindustrie sei nicht beantwortet worden. Die Beschwerden der Arbeiterschaft gingen weiter. Dem Fleischschmuggel für die Hotels usw. müßte unbedingt vorgebeugt werden. Von dem Dienstpersonal der Häuser der Kurindustrie erfahre man, wie dort für die Verpflegung aufs Beste geforgt sei.

Stadtv. Coertis fragt an, wie es komme, daß von der Stadt ausgegebene Konserven an Bohnen, Erbsen, Spargeln und Spinat durch hiesige Geschäfte in größeren Massen an Kurgäste und nach Frankfurt abgegeben wurden. Die Lebensmittel seien doch vor allen für die Homburger bestimmt.

Oberbürgermeister Lübke weist nochmals den Vorwurf zurück, daß die Stadt aus Mitteln der Einwohner die Kurgäste beliebere. Der Schmuggel sei sehr zu beklagen, aber nicht aus der Welt zu schaffen. Ueber den Verkauf von Konserven nach auswärts sei ihm nichts bekannt.

Stadtv. Debus wiederholt sein Verlangen, daß der Magistrat Sicherheit geben müsse, daß von den für die Bürger überwiesenen Mengen nichts an die Kurgäste abgegeben würde. Der Mittelstand leide am meisten unter den Zeitverhältnissen, mehr als die Arbeiterschaft, der jetzt hohe Verdienste ermöglicht seien. Dem Schmuggel gingen nicht nur die besser gestellten Kreise, sondern auch die Arbeiter nach. Das Reisen zu beschränken, sei unmöglich, da wir die Freizügigkeit doch alle gewahrt wissen wollten und die Kurgäste als Reichsbürger auch hier Anspruch auf Verpflegung haben.

Stadtv. Dippel erklärt, aus welchen Gründen in der Kreis-Lebensmittellieferungskommission die Interpellation eingebracht worden sei. Wenn die Kurgäste auf die gleichen Mengen angewiesen würden wie die Bürger, sei jeder Grund zur Klage hinfällig.

Stadtv. Denfeld bringt zur Sprache, daß unter den Wiesenbesitzern große Aufregung über die Art der Berechnung des abzugebenden Heus herrsche, da dies nicht nach der Anzahl der Morgen berechnet würde wie es an anderen Orten sei. Er beklagt die schlechte Beschaffenheit des Brotes und verlangt Schritte, damit Besserung herbeigeführt werde.

Bürgermeister Feigen führt aus, daß das Liefersoll für Homburg sehr hoch sei, eine Herabsetzung aber trotz mehrfacher Schritte nicht erreicht worden wäre. Bei der Berechnung der abzugebenden Menge müsse auch der Viehbestand berücksichtigt werden.

Stadtv. Denfeld ersucht, bei den anderen Gemeinden anzufragen, bei denen nur die Zahl der Morgen zugrunde gelegt werde.

Oberbürgermeister Lübke erklärt, das Brot werde zurzeit nur aus Gerstenmehl hergestellt, da anderes Mehl von der Reichsgetreidestelle nicht geliefert worden sei. Das Brot sei vielleicht nicht so schmackhaft, aber nahrhaft und gut bekömmlich. Anfragen in Frankfurt, Seuberg und Oberursel, wo besseres Brot hergestellt werde, sagt er zu.

Stadtv. Debus teilt mit, daß andere Städte noch schlechter gestellt seien. In Wehlar habe es letzthin gar kein Brot gegeben, als Ersatz hierfür Erbsen.

Hierauf Geheimhaltung.

ht. Reichsbund für Heimatkunst. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Karl Brummer-Berlin-Lichterfelde trat gestern im Kurhaus bei lebhafter Beteiligung aus allen Teilen des Reiches der „Reichsbund für Heimatkunst“ zu seiner zweiten Tagung zusammen. In den Verhandlungen des Hauptausschusses wurden in mehrstündiger Aussprache die Richtlinien für die künftige Arbeit des Bundes festgelegt, der als eine Arbeitsgemeinschaft aller in Frage kommenden Verbände und amtlichen Stellen der Pflege des Deutschtums in Dichtung und Kunst im Geiste einer frohen stolzen Heimatliebe dienen soll. Der Reichsbund soll kein neuer Wettbewerber der bestehenden Körperschaften gleicher Richtung sein, sondern ihnen Stütze werden und sie ergänzen. Beim Ausbau des Bundes soll von örtlichen und landwirtschaftlichen Einrichtungen ausgegangen werden. In der öffentlichen stark besuchten Nachmittags-Sitzung sprach Pfarrer Julius Werner: „Bad Homburg v. d. H. über Nichtes Lösungswort“, „Höherstimmten und Heiligen“. Gegenüber mancherlei Not- und Mißständen der Gegenwart, die eine herabstimmende Wirkung hätten, gälte es, die Saiten auf dem Instrument der Volksseele höher zu stimmen. Das könne geschehen

durch kraftvolles Herausarbeiten der deutschen Eigenart. Die aus fremdem Boden gewonnenen Erze müssen in der Glut nationalen Lebens geschmolzen und nach deutschem Stil umgeformt und deutscher Art eingefügt werden. Die Lebensquelle, aus denen das Deutschtum seine ewigen Kräfte schöpft, Heimat und Glaube, müssen im Reichsbund ihre eifrigsten Hüter finden. Lehrer Otto Stüdrath-Biebrich a. Rh. sprach über „Das Volkslied“. Nach einem knappen Ueberblick über die Geschichte des Volksliedes gab der Redner in einzelnen scharfsinnigen Bildern einen Begriff von Art und Wesen des Volksliedes. Eine Fülle der schönsten Lieder, von einem Herrn und einer Dame gesungen, ergänzten den Vortrag in wirksamster Weise. Der von Prof. Dr. Hans Much-Hamburg angekündigte Vortrag über „Die Kunst der deutschen Sprache“ fiel wegen Behinderung des Redners aus. Im Anschluß an die Vorträge fand noch eine Sitzung des Hauptausschusses statt, die sich mit dem Ausbau der Organisation des Bundes beschäftigte.

Den Abschluß der Tagung machte eine Festvorstellung im Kurhaus-Theater. Unter der Spielleitung des Schriftstellers Fritz Martin Kintelen, des Geschäftsführers des Bundes, gelangten Szenen aus Goethes „Faust“ durch Mitglieder des Stadttheaters in Hanau zur Aufführung. Gegeben wurde das „Vorpiel auf dem Theater“ und der „Prolog im Himmel“. Dann aus der Tragödie erster Teil die „Nacht“, das „Studierzimmer“ mit der „Schülerzene“ und aus dem zweiten Teil der Tragödie die Szene in Faustens Zimmer (2. Aufzug), „Mitternacht“, „Borhof des Palastes“, „Grablegung“ und „Glorie“ (5. Aufzug). Die Einrichtung für die Bühne (bewundert wurde das Studierzimmer des Dr. Faust) hatte Schriftsteller Kintelen besorgt. Den seltenen Genuß der geboten wurde, erhöhte ganz besonders der Direktor des bereits erwähnten Theaters Spanuth-Bodenstedt, der mit seinem großen Darstellungsvermögen einen prächtigen Mephisto schuf. Ihm am nächsten stand Eduard Pasqual als Direktor und Gustav Hildebrandt als Faust. Beachtenswerte Leistungen boten außer ihnen Katharina Reichart und die Herren Franz, Biondino (ein besonderes Lob seinem Jamulus) und Schuchard. Mitgewirkt haben noch Max du Mesnil, Ludwig Goebel und Wolfgang Beckert. Die Beifallsäußerungen, die am Ende der Aufführung gependet wurden, waren ebenso ehrlich wie herzlich.

Wir wünschen und hoffen aufrichtig, daß die Tagung, nicht im geringsten die Theatervorstellung, dazu helfen möchten, die hohen Ziele des „Reichsbundes für Heimatkunst“ zu fördern.

* Karotten gelangen nach der heutigen Bekanntmachung des Magistrats (Lebensmittellieferung) morgen Donnerstag in den Marktläuben zum Verkauf. Wen die knappen Lebensmittel nicht zwingen die Rüben sofort in die Küche zu bringen (was meistens der Fall sein wird) dem sei empfohlen, sie für den kommenden Winter geeignet aufzubewahren.

* Kurhaus-Theater. Das nächste Operngastspiel am Samstag, den 10. August, bringt, so schreibt uns die Theaterleitung, eine Aufführung der schattigen romantischen Oper „Freischütz“ von C. M. von Weber, in welcher Hofopernsänger Herbert Stodt von der Königl. Oper in Berlin als „Kasper“ und Hofopernsänger Paul Verheyen vom Großh. Hoftheater in Weimar als „Max“ zum zweiten und letzten Male in dieser Spielzeit auftreten werden. — Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Franz Neumann vom Frankfurter Opernhaus. Anfang der Vorstellung pünktlich 7 Uhr.

* Ein Grabdenkmal für Pfarrer Heer. Dem verstorbenen Herrn Pfarrer Heer, der seine ganze Kraft in den Dienst seiner Kirchengemeinde gestellt hatte, soll ein bleibendes sichtbares Zeichen der Hochachtung und der Dankbarkeit an seiner Ruhestätte errichtet werden. Zu diesem Zweck ist von verschiedenen Seiten, insbesondere von den katholischen Vereinen, der Vorschlag gemacht worden, zur Bestreitung der Kosten eine Sammlung freiwilliger Gaben zu veranstalten. Eine morgen abend stattfindende Versammlung wird sich eingehend mit allen Fragen beschäftigen.

* Kgl. Kaiserin-Friedrich-Gymnasium. In der Eröffnungs-Ansicht des neuen Viertelsjahres gedachte der Direktor zuerst des während der Ferien verstorbenen katholischen Religionslehrers der Anstalt, des Herrn Pfarrers Heer, der seinen Schülern ein äußerst gewissenhafter und tüchtiger Seelsorger und Lehrer und dem Lehrerkolleg der Anstalt ein zielbewußter und eifriger, dabei lebenswürdiger Mitarbeiter gewesen war. Nachdem er alsdann auf den Ernst der Zeit und die Bedeutung der Kriegssammlungen hingewiesen hatte, insbesondere der Laubsammlung, hob er anerkennend hervor, daß auch während der Ferien regelmäßig und bis zum Schluß von freiwilligen Kolonnen, unter Leitung der Lehrer, Laub für Futterzwecke sowie auch Kessel gesammelt seien. Einige Schüler, die sich dabei besonders eifrig beteiligt hatten, erhielten zur Auszeichnung Bücher oder Bilder als Prämien. Diese Sammlungen müssen auf besonderen Wunsch der Behörden fortgesetzt werden.

Aus Nah und Fern.

— Königsheim i. L., 6. Aug. Die gegenwärtig in hiesiger Stadt stattfindende Modell- und Bilderausstellung der ehemaligen Burg und Festung Königsheim erfreut sich eines zahlreichen Besuches. Am Sonnabend besichtigte der Kgl. Regierungspräsident von Meißer, Wiesbaden, unter Führung des Architekten R. Söhngen die Ausstellung und sprach sich in sehr anerkennenswerten Worten über das Gesehene aus.

† Fischbach i. L., 6. Aug. Ein hiesiger Bürger stiftete der Gemeinde als Grundstod für die Erbauung eines neuen Rathauses 2000 Mark.